



KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS

kfd



Berlin / Düsseldorf / Köln / Rhöndorf, im April 2011

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel, MdB
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

das Bündnis der katholischen Verbände für eine Sockelrente – Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Familienbund der Katholiken (FDK), Kolpingwerk Deutschland, Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) – mit über 1.000.000 Mitgliedern begrüßt die Einsetzung einer Regierungskommission, die im April 2011 die Arbeit aufnehmen und Konzepte zur Vermeidung von Altersarmut entwickeln soll.

Aus Sicht des Verbändebündnisses ist der Kampf gegen Altersarmut eines der vorrangigsten Themen der Zukunft. Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Rentenversicherung, Gewerkschaften und Sozialverbänden gehen inzwischen davon aus, dass Altersarmut zukünftig deutlich ansteigen wird. Ein Anzeichen dafür ist die stark wachsende Zahl derjenigen, die Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen, seit 2003 ist diese Zahl um etwa 75 Prozent auf 763.864 im Jahr 2009 gestiegen. Die Ursachen für die steigende Gefahr der Altersarmut sind vielfältig: Risikofaktoren für niedrige Rentenbezüge sind Phasen von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung, Niedriglohn, Unterbrechung der Erwerbsarbeit und Teilzeittätigkeit wegen Kindererziehung und Pflege, Erwerbsminderung und unterbrochene Erwerbsbiografien.

Die bisherigen Reformmaßnahmen und die im Koalitionsvertrag formulierte Absichtserklärung, dass „diejenigen, die ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und vorgesorgt haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten sollen“, berücksichtigen diese vielfältigen Entwicklungen nur unzureichend. Die in diesem Zusammenhang diskutierte Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen kommt allein Geringverdienern mit einer lückelosen Erwerbsbiografie zugute und blendet alle anderen Risikofaktoren aus. Menschen mit

dem höchsten Armutsrisiko gehen dagegen leer aus. Dazu gehören insbesondere auch Frauen, die aufgrund von Familienarbeit nur wenige Beitragsjahre und Zeiten der Teilzeitarbeit aufweisen.

Das Bündnis der katholischen Verbände will Altersarmut umfassend verhindern durch den Aufbau einer existenzsichernden Sockelrente für alle Bürgerinnen und Bürger, die eine eigenständige Mindestabsicherung unabhängig von der Erwerbsbiografie im Rentenalter gewährleistet. Nur mit mehr Solidarität durch die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger sowie aller Einkommensarten in die Rentenversicherung lassen sich nachhaltige Antworten auf die veränderte Arbeitsgesellschaft und die drohende Altersarmut geben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in die anstehenden Beratungen von Konzepten zur Vermeidung von Altersarmut gesellschaftliche Gruppierungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Sozialpartner, Rentenversicherungsträger und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu beteiligen. Gerne würden wir uns als Bündnis mit unserem Konzept in die Beratungen einbringen und personell in der Kommission mitarbeiten.

Wir sind davon überzeugt, dass unser Modell für ein solidarisches und gerechtes Rentensystem entscheidende Impulse für die Entwicklung einer nachhaltigen Alterssicherung und damit für die Vermeidung von Altersarmut geben wird.

Mit freundlichen Grüßen




Elisabeth Bußmann
Präsidentin Familienbund
der Katholiken



Georg Hupfauer
KAB-Bundesvorsitzender



Maria Theresia Opladen
kfd-Bundesvorsitzende



Heinz Gerster
KLB-Bundesvorsitzender



Thomas Dörflinger MdB
Kolping-Bundesvorsitzender

Das Schreiben geht zeitgleich an Frau Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales.